

29.09.2014

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der CDU

**Landesregierung versagt bei Aufsicht und lässt Kommunen allein: Misshandlung Asylsuchender in nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften muss dringend aufgeklärt werden!**

Übereinstimmenden Medienberichten zufolge sollen Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes in zwei nordrhein-westfälischen Flüchtlingsunterkünften Asylbewerber misshandelt haben. Betroffen seien Einrichtungen in Burbach (Kreis Siegen-Wittgenstein) und Essen.

Die Ermittlungsbehörden in Hagen veröffentlichten in diesem Zusammenhang ein mit einem Handy aufgenommenes Foto aus Burbach. Darauf sind ein am Boden liegender, gefesselter Mann sowie zwei Wachleute in schwarzen Uniformen zu sehen. Einer der beiden Uniformierten stellt dem Mann seinen Fuß in den Nacken. Nach Angaben der Polizei sollen die Sicherheitsleute dabei grinsen. Die Behörden hatten zuvor ein Video erhalten, das einen weiteren Übergriff in Burbach belegen soll. Laut Polizei zeigen die Aufnahmen eine Person neben einer Matratze mit Erbrochenem. Eine Stimme droht weitere Schläge an, wenn sich die Person nicht sofort auf diese Matratze lege.

Die Beschuldigten sind laut WDR bei der privaten Firma SKI angestellt gewesen, einem Subunternehmen von „European Homecare“. „European Homecare“ soll nach Mitteilung der Behörden für insgesamt sechs Unterkünfte in Nordrhein-Westfalen zuständig sei.

Auch in einem Flüchtlingsheim in Essen soll es nach einem Bericht des WDR-Magazins „Westpol“ vom 28.09.2014 Attacken des Wachdienstes auf Asylbewerber gegeben haben. Dem Sender liegt nach eigenen Angaben ein ärztliches Attest eines Flüchtlings vor, das dessen Verletzungen dokumentiere.

Die Misshandlungsfälle zeigen, welche beschämenden Zustände inzwischen in den überfüllten Flüchtlingsunterkünften des Landes Nordrhein-Westfalen herrschen. Die rot-grüne Landesregierung lässt die Kommunen mit der wachsenden Anzahl von Flüchtlingen nicht nur mit Blick auf die finanzielle Belastung allein, sondern versperrt sich auch gegen gesetzgeberische Optionen, die Kommunen zu entlasten. Die Einstufung von Mazedonien, Serbien und

Datum des Originals: 29.09.2014/Ausgegeben: 29.09.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten beschleunigt die Bearbeitung Zehntausender Anträge alleine in Nordrhein-Westfalen, die bisher in unter einem Prozent der Fälle positiv beschieden worden sind. Die Landesregierung hat sich aus parteipolitischem Kalkül heraus zu dieser Gesetzesinitiative im Bundesrat enthalten und die Kommunen im Stich gelassen. Dies muss auch Thema sein, wenn der Landtag im Rahmen einer Aktuellen Stunde über die Misshandlung von Asylsuchenden und deren Verantwortlichkeit diskutiert.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion